

Baselland fordert Bundesgelder für Sek und Primar

Schulpflicht Die Einschulung von Kindern aus der Ukraine belastet Kanton und Gemeinden.

Die Schulpflicht von geflüchteten Kindern aus der Ukraine ist für den Kanton Baselland und die Gemeinden nicht nur organisatorisch und pädagogisch eine Herausforderung. Sie verursacht auch erhebliche Kosten. Die Baselbieter Regierung möchte deshalb, dass sich der Bund an der Finanzierung beteiligt.

Aufgrund der «ausserordentlichen Umstände» müsse eine finanzielle Unterstützung der Kantone durch den Bund bei der schulischen Integration diskutiert und geklärt werden, beantwortet Fabienne Romanens, Leiterin Kommunikation der Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) die Frage der BaZ.

Die Finanzierung des Unterrichts zeitnah zu klären, ist «eminent wichtig».

In der Vernehmlassungsantwort zum vorgeschlagenen Bundesprogramm zur Unterstützung von Personen mit Schutzstatus S schreibt die Baselbieter Regierung dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, auch die Volksschule leiste einen Integrationsbeitrag, sei aber von den Unterstützungsmassnahmen nicht betroffen. Es sei aber «eminent wichtig», dass die Finanzierung des Unterrichts an den Volksschulen und an der Sekundarschule II für Kinder und Jugendliche mit Schutzstatus S «zeitnah geklärt wird und so auch eine gerechte Verteilung auf die Gemeinwesen und insbesondere die aufnehmenden Gemeinden erreicht wird».

Dringliches Ziel: Lehrer aus der Ukraine einbinden

Die Aktivierung des Schutzstatus S durch den Bund führe konsequenterweise zu neuen Fragestellungen, führt Romanens von der BKSD aus. Bei der Einschulung stehe zwar die pragmatische Unterstützung der Schutzsuchenden im Vordergrund, doch müsse auch die finanzielle Unterstützung durch den Bund diskutiert und geklärt werden.

Stefan Kunfermann, Leiter Kommunikation der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stellt indes klar, dass die Kantone dafür keine finanziellen Forderungen an den Bund gestellt haben. Die Finanzierungsfrage müsse zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden.

Dringlicher sei jetzt, so Kunfermann weiter, die Organisation des Unterrichts, die Bereitstellung von Räumlichkeiten, die Integration in Regel- und Separatklassen und die Einbindung von Lehrerinnen und Lehrern aus der Ukraine.

Thomas Dähler